



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

S., A.: Zustände und Aussichten in Oestreich. 2. : Das Ministerium Beust
und der Förederalismus der Czechen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Zustände und Aussichten in Oestreich.

2.

Das Ministerium Beust und der Föderalismus der Czechen.

Der berühmte wiener Narrenthurm kommt wieder zu Ehren. Denn wo anders als dort könnte der tolle Wirrwarr der letzten Wochen ausgeheckt worden sein. Man recapitulire nur die jüngsten Ereignisse: Nach dem Septempatente liegt der Schwerpunkt in den Landtagen, diesen soll nach den ursprünglichen Intentionen des Staatsministers der Ausgleich mit den Ungarn vorgelegt werden. Die Furcht vor endloser Verschleppung der ohnehin viel zu lange verschobenen Angelegenheit führt zu dem Januarpatente, zur Schöpfung eines außerordentlichen Reichsrathes. Darüber ist man in den Regierungskreisen einig, daß der engere Reichsrath zur Behandlung der ungarischen Frage incompetent sei, der weitere unmöglich, weil seine Existenz schon an und für sich die ungarische Verfassung negirt. Herr v. Beust läßt durch dienstwillige Federn die Nachricht verbreiten, ihm vor allen sei die Einberufung des außerordentlichen Reichsrathes zu verdanken, sein staatsmännischer Blick hätte diesen glücklichen Ausweg gefunden. Die Deutschen protestiren und agitiren, setzen alle Hebel in Bewegung, um sich bei den Wahlen die Majorität zu sichern. Der Ausgang der letzteren entscheidet aber gegen sie. In Unterösterreich verlieren sie die Stimmen des Großgrundbesizes, selbst Hasner und Tinti, die Führer der Centralistenpartei, unterliegen, in Böhmen ist das Verhältniß der Verfassungsfreunde zu den allirten Czechen und Feudalen viel ungünstiger als früher, sie gebieten nur über 76 Stimmen gegen 164, nicht einmal die Handelskammern, sonst die sicherste Stütze der Deutschen und Centralisten, sind der czechischen Agitation unzugänglich geblieben; in Steiermark, der deutschen Kernprovinz, tauchen zur allgemeinen Ueberraschung siegreiche slawische Deputirte auf, in Krain gewinnen sie sogar die Majorität, auch in Galizien verlieren die centralistisch gesinnten Ruthenen zahlreiche Siege, kurz die Regierungspolitik darf sich eines unerwarteten Erfolges rühmen: der außerordentliche Reichsrath erscheint gesichert. In diesem Augenblick wird er über Bord geworfen, Beust, der Inspirator des Januarpatentes, protestirt gegen das letztere, Belcredi, dessen Politik durch den Ausgang der Wahlen sich bewährt, wird entlassen, der durchgefallene Hasner als Ministercandidat genannt, den Deutschen und Centralisten die Aussicht auf Wiederherstellung ihrer Macht eröffnet.

Das verstehe, wer kann. Spielt dabei nicht eine mit der Virtuosität

Scribes eingefädelt persönliche Intrigue mit, so muß man sagen, daß entweder im Monat Januar oder im Monat Februar das wiener Ministerium den Verstand verloren hatte. Alles kann man von der jüngsten österreichischen Politik behaupten, nur nicht Folgerichtigkeit. Verblüfft sind auch alle Parteien und unklar, wohin die Komödie führen soll. Zugegeben, daß die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Ausgleichs mit Ungarn die neueste Schwenkung in der Verfassungspolitik hervorrief, war denn nicht eben dieselbe Ueberzeugung die Wurzel des Januarpatentes? Doch lassen wir diese unnützen Grübeleien, vielleicht bringen schon die nächsten Wochen wieder neue Ereignisse ebenso überraschender Natur wie es die plötzliche Rückkehr zum Februarssystem wenigstens für die westliche Reichshälfte ist.

Das letzte Ziel der Regierung ist nicht zweifelhaft. Sie will und sie muß in den deutsch-slawischen Erbländern ihre Macht so fest gründen, daß sie auf dieselbe gestützt den ungarischen Ansprüchen muthiger entgegentreten kann, sie wird hier die Verfassung so regeln, daß ihr wenigstens die Hälfte der Delegation, die über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten berathen soll, unbedingt ergeben bleibt, sie wird die Deutschen über den Verlust constitutioneller Freiheiten mit dem Hinweise auf die Wiederherstellung des Primates in Deutschland trösten — schon jetzt hoffen centralistische Blätter, daß Kaiser Napoleon das hoheloehsche Programm als Kriegsfall betrachten wird —, sie wird um den Preis, in der äußern Politik ungestört zu sein, den Ungarn große administrative Zugeständnisse machen. Welche Stappenstraßen aber dieses Ziel noch durchlaufen wird, wie viele Zwischendecorationen noch werden verbraucht werden, kann zur Stunde niemand, selbst Herr v. Beust und auch Deák nicht angeben. Auch das Andere steht fest, daß vorläufig die Slaven, vor wenigen Tagen noch der Regierung enge verbündet, die Oppositionspartei bilden werden. Wie oft haben sie schon diese Rolle gespielt, wie oft sind sie durch einen plötzlichen Scenenwechsel um den Siegespreis betrogen worden! Im Sommer und nach den Octobertagen 1848, dann wieder als das Octoberdiplom 1860 publicirt wurde, glaubten sie bereits das Ruder der Regierung in den Händen zu halten, um schon am nächsten Tage sich wieder in den Winkel gestellt zu sehen. Das Schicksal trifft sie nicht unverdient; sie haben alles gethan, um die Freunde der Bildung vor ihrem Siege zittern zu machen. Doch darf man nicht vergessen, daß sie an und für sich in der Oppositionstellung gefährlicher sind, als wenn sie mit der Regierung gehen und daß sie im gegenwärtigen Augenblicke durch ihre Verbindung mit der feudalen und klerikalen Partei eine größere Bedeutung im Staatsleben besitzen, als in den frühern Zeiten. Sie werden freilich der Behauptung widersprechen, daß sie eine politische Wandlung erfahren haben, und nach ihrer löblichen Gewohnheit den Schreiber dieser Zeilen mit Schimpfworten überhäufen. Es ist ihr Stolz, daß sie angeblich einer Idee unverbrüchlich an-

hängen und seit neunzehn Jahren dem Föderalismus huldigen. Nichts desto weniger ist das Gegentheil wahr und wenn auch sie durch die folgenden Zeilen nicht bekehrt werden, so dürfen vielleicht andere Leute aus denselben Belehrung schöpfen.

Wie kam der österreichische Föderalismus in die Welt?

Vor dem Jahre 1848 war die Idee einer österreichischen Föderativverfassung absolut unbekannt. Erst während der Stürme jenes Jahres wurde sie geboren, ausgesprochen zuerst von den Radicalen ohne Unterschied der Nationalität, von Deutschen so gut wie von Slawen. Republikanische Staatsformen galten damals nicht allein als wünschenswerthe, sondern auch als erreichbare Ziele, nach der Schweiz, nach Nordamerika spähte begehrlieh der politische Sinn, von dort glaubte man das Muster aller Verfassungen haben zu können. Die „Vereinigten Staaten von Oestreich“ war in radicalen Kreisen eine gangbare Bezeichnung, bei welcher man sich das größte Maß von Freiheit verwirklicht dachte. Außer den Radicalen fanden sich auch in den zweisprachigen Provinzen einzelne gemäßigte Männer, welche der Föderativverfassung das Wort sprachen, weil sie in der Zurückführung der Regierungsgewalt aus dem Centrum in die Peripherie des staatlichen Kreises die Gewähr einer Neutralisirung der Nationalität, eine Befänstigung des Stammhaders zu finden glaubten. Sie waren gutmüthige Schwärmer, wer kann aber auf jene Tage zurückblicken, ohne von der Erinnerung, mitgeschwärmt zu haben, getroffen zu werden. Humanisirte doch der ideale Aufschwung der Gemüther 1848 sogar die verbitterten und wie alle zum Stillstande verurtheilten kleinen Volksstämme giftig neidischen, selbstsüchtigen Czechen. Sie hatten auf dem Slawencongreß nichts gegen die allgemeine Völkerverbrüderung auszusprechen, erglüheten für einen großen slawischen Bund, neben welchem noch eine engere österreichische Föderation bestehen könne, dessen Einzelglieder ausschließlich einer Nationalität angehören dürfen.

Ein solcher Plan war abstract und unausführbar, jedenfalls enthielt er nichts, was als Bedrückung des einen oder andern Volksstammes hätte gedeutet werden können. Die Deutschöstreicher sprachen sich zwar in der Mehrheit nicht für die Föderation aus, aber nicht, weil sie eine Beschränkung ihres Volksthum's von derselben fürchteten, als weil sie außerhalb Oestreichs, in Frankfurt suchten. — Unter den Slawen huldigten die Czechen dem Föderalismus am eifrigsten, nicht weil sie auf diese Weise eine Suprematie über die Deutschen zu erringen hofften, sondern weil sie auf keine andere Art ihre Eigenthümlichkeit zu bewahren im Stande waren. Dazu kam noch, daß ihr Führer, der sogenannte „Vater“ Palazky, eine unpraktische, dem Geschäftsleben vollständig entfremdete Natur, ein Fleisch und Blut gewordenes Pergamentblatt, eine entschiedene Vorliebe für Programme und politische Pläne, aus der Vogelperspective aufgenommen, begie, welcher das noch nebelhafte Föderativsystem vortreff-

lich entsprach. Er formulirte das letztere mit unermüdlichem Eifer, im Sommer und Winter 1848 und wiederholte sein Programm ein Jahr später. Selbstverständlich stand er auf einer revolutionären Basis und wollte von historischen Rechten, von einer Anerkennung des bestehenden Rechtsbodes nichts wissen. Hätte er nicht den Revolutionär herausgekehrt, so würden ihn seine eigenen Landsleute, wie die Stimmung war, verläugnet haben. Da Palazky gegenwärtig sowohl seine streng conservative Gesinnung, wie seine Consequenz zu betonen liebt, und seine Anhänger mit dem Titel: Abtrünnige, Volksverrätber überaus freigebig sind, so ist es wohl gut, seinen föderalistischen Standpunkt vom Jahre 1848 mit seinen eigenen Worten zu charakterisiren.

Vor uns liegen die officiellen Protokolle des krenstrierer Verfassungsausschusses, eine hoffentlich lautere, unverdächtige Quelle. In der Sitzung vom 23. Januar 1849 bemerken wir unter den Rednern auch Palazky, der, nachdem er gegen die Autonomie der Provinzen, wie sie in Oestreich thatsächlich bestehen, geeifert, folgende Sätze aussprach: „Es geht eine Kraft durch die Welt, man nennt sie den Weltgeist. In der historischen Entwicklung unserer Zeit taucht ein Princip auf, welches im vorigen Jahre in die Geschichte Oestreichs eintrat, es ist die Gleichberechtigung der Nationalitäten. Mit diesem Principe ist die Emancipation der Slawen und Walachen in Oestreich ausgesprochen. Wir müssen Oestreich so construiren, daß die Völker gern in Oestreich existiren, das sei die uns leitende Idee. Die verschiedenen hier geltend gemachten Ansprüche lassen sich dann befriedigen, wenn man der Geschichte und Ethnographie Rechnung trägt und einen Terminus der Convenienz findet, also national-historische Ländergruppen dann als kleinere nationale Einheiten der Reichskreise annimmt. Ich schlage folgende Ländergruppen vor: 1) deutsch-österreichische, 2) böhmische, 3) polnische, 4) illyrische, 5) italienische, 6) südslawische, 7) magyarisches, 8) walachische Länder. Ich rechne zu der ersten Gruppe das Erzherzogthum Oestreich, Steiermark, Kärnthén, Salzburg, Deutschtirol, Deutschböhmen, Deutschmähren und Schlesien, zur zweiten Czechisch-Böhmen, Czechisch-Mähren und Schlesien, dann die Slowakei, zur dritten Galizien, Bukowina und ungarisch Ruthenien bis an die Karpathen, zum vierten Slawonien, slawisch Steiermark, slawisch Kärnthén, Krain und Litorale, zum fünften Wälschtirol, Lombardei und Venedig, zum sechsten Dalmatien, Kroatien, Slawonien, und Waiwodowien, zum siebenten das magyarisches Ungarn und Siebenbürgen, zum achten die wallachischen Gebiete in Ungarn, Siebenbürgen und Bukowina. Ich bin keineswegs gegen die Trennung Deutschböhmens und Czechiens, wenn dies nur praktisch auszuführen wäre.“

So sprach und votirte am 23. Januar 1849 Palazky und sein treuer Jünger, der dilettantisch gebildete Nieger wiederholte am nächsten Tage dasselbe Programm: „Ich finde die Eintheilung Oestreichs nach den bisherigen Pro-

vinzen nicht mehr zeitgemäß.“ Er hob hervor, daß Tschechen und Ruthenen auch als Culturvölker selbständig existiren können. „Wir Tschechen können heute eine famose Universität anlegen und alle Wissenschaften in unserer Sprache behandeln.“ Er sprach sich endlich für die Trennung Böhmens in ein deutsches und slawisches Gebiet aus. „Könnte man eine Abtrennung deutschen Gebietes von Böhmen glücklich zu Stande bringen, so würde ich es mit Freude aufnehmen, denn der slawische Böhme will nur selbständig sein, nicht erobern und andere Elemente unterdrücken; er hat es mehr als genug gefühlt, wie wehe es einem Volke thue, unterdrückt zu sein.“

Am 23. December 1849 legte Palazky noch einmal sein Votum über die Föderativverfassung in einem Artikel der „Národní noviny“ dar. Es weicht von seinen früheren Auslassungen nur in einem Punkte ab, daß er die Slowenen Steiermarks und Krains jetzt zur südslawischen Gruppe rechnet, nicht mehr acht, sondern sieben Ländergruppen von Nationalministerien verwaltet, forderte. Zehn Jahre ruhte sodann der Verfassungskstreit; mit der Einsicht, daß eine Revolution in Oestreich nicht zu erwarten sei, verlor die föderalistische, wesentlich revolutionäre Partei ihre Grundlage. Die Mehrzahl ihrer früheren Wortführer hielt den österreichischen Föderalismus für eine der Geschichte bereits verfallene Thatsache und ging, wenn sie noch praktische politische Interessen besaß, andere politische Verbindungen ein. Das Erstaunen war begreiflicherweise groß, als in den letzten Jahren wieder die Kunde durch die Blätter sich verbreitete, die Tschechen hätten abermals die alte Fahne des Föderalismus aufgepflanzt. Wie ist das möglich, fragten sich die Kenner der früheren Parteiverhältnisse, da doch gleichzeitig Loyalität und conservative Gesinnung von den Tschechen behauptet wird, sie jeden Gedanken an eine revolutionäre Agitation scharf von sich wiesen? Nur der Name wurde, weil er lockt und blendet, wieder hervorgeholt, die Sache ist ganz neu und durchaus nicht mit Palazkys Föderationsplänen vom Jahre 1848 zu verwechseln.

Die Tschechen haben in den fünfziger Jahren, die in jeder Hinsicht schlecht auf sie wirkten, Doppeltes eingesehen. Ihre angebliche selbständige Cultur kann sich nicht erhalten, wenn man der deutschen Bildung nicht den Eintritt in Böhmen gewaltsam wehrt. Sobald man dem eingebornen Böhmen die Gelegenheit giebt, Deutsche und czechische Literatur zu vergleichen, wird er alsbald der letzteren den Rücken kehren. Wenn man Goethe und Schiller lesen gelernt hat, kann man Mikowec und Sabine nicht länger bewundern. Weiter aber fühlten sie, daß ihr unmittelbarer Anhang, Kleinbürger und Bauern, nicht ausreiche, um als politische Partei wirksam aufzutreten, sie schielten nach Ungarn hinüber, wo die Aristokratie und die Kirche zu den Hauptstützen der nationalen Partei gerechnet werden und fanden es zweckmäßig, ähnliche Bundesgenossen auch für sich zu gewinnen. Sie boten sich dem feudalen Adel und dem ultramon-

tanen Klerus Böhmens als Werkzeuge an unter der Bedingung, von diesen in der antideutschen Politik unterstützt zu werden. Sie sprachen jetzt auf einmal von unverjährbaren Rechten der Krone Böhmens, stützten ihre Ansprüche nicht auf die Gleichberechtigung und das nationale Rechtsprincip, sondern auf historische Privilegien. Von dem alten Föderalismus hatten sie nur die Forderung der Centralgewalt angenommen, in allem Uebrigen haben sie sich von den früher proclamirten Grundsätzen losgesagt. Die Czechen von 1866 sind keine föderalistische, sondern eine feudalseparatistische Partei. Daß einzelne der früheren Föderalistenführer auch jetzt wieder an der Spitze dieser neuen Partei stehen, ändert nichts an der Sache. A. S.

Silhouetten aus dem tiroler Landtag.

Einzig in seiner Art, wie das tirolische Protestanten- und Gemeindegesetz, ist auch der Landtag, aus dem sie hervorgingen. Halb Fleisch, halb Fisch, halb Interessen- halb ständische Vertretung, schwankt er schon in seiner Grundlage zwischen jetzt und einst. Er besteht nach der Landesordnung vom 26. Februar 1861 aus den 3 Bischöfen von Salzburg, Trient und Brigen, dem Rector magnificus der innsbrucker Universität, der manchmal auch ein Jesuit ist, und vier von verschiedenen Aebten, Präpsten, einem Erzpriester und dem Landescomthur des deutschen Ordens gewählten kirchlichen Würdenträgern, ferner den Nachfolgern der ehemaligen Adelsbank, wovon sich die jetzigen zehn Abgeordneten des adeligen großen Grundbesitzes nur dadurch unterscheiden, daß zur Wahlbefähigung und Wählbarkeit des tirolischen Adels nicht mehr die Eintragung in die ständische Matrikel, sondern lediglich die Entrichtung einer jährlichen Grundsteuer von 50 fl. erforderlich ist, aus 16 Abgeordneten der Städte, Märkte und Handelskammern, und 34 der übrigen Gemeinden d. i. der Bauern. An den Berathungen des ehemaligen offenen Landtages der alten Verfassung durften auch Aebtissinnen, das Damenstift zu Innsbruck und der Prior der Karthäuser zu Schnals, dann sämmtliche an die Pubertät gelangte Mitglieder einer in die Adelsmatrikel eingetragenen Familie theilnehmen, wovon man auf jenem von 1790 nicht weniger als 550 zählte; einige derselben lebten von Sakaiendiensten. Der große Ausschuß hatte 45, der engere, der sich seit 1728 jährlich versam-